

# Den Schutz vor schädlichen Chemikalien im Parteienprogramm adressieren

Vorschläge zur Übernahme wichtiger Aussagen für die  
Bundestagswahl 2025

Die Chemieindustrie als wichtiger Teil der Wirtschaft steht oft am Anfang der Wertschöpfungskette. Auch wenn sie Lösungen für globale Umweltkrisen wie den Klimawandel unterstützen kann, ist sie zugleich auch erheblicher Treiber dieser Krisen. Aufgrund der Energiekrise und der Transformation zur Klimaneutralität befindet sich die Chemie- und Anwenderbranchen im Wandel. Dies bietet die Chance, eine „schadstofffreie Umwelt“ und die Herstellung und Anwendung nachhaltiger Chemikalien und nicht-chemischer Alternativen zu besonders schädlichen Chemikalien zu fördern. Ein klarer regulatorischer Rahmen unterstützt Innovationen und sorgt für Planungssicherheit. Langfristig ist die Produktion umwelt- und gesundheitsschädlicher Chemikalien kein erfolgreiches Geschäftsmodell. Der Ausstieg aus schädlichen Produkten wie PFAS schafft neue Märkte und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit, besonders für kleine und mittelständische Unternehmen, die auf langfristige politische Signale angewiesen sind.

Im Folgenden schicken wir Ihnen Formulierungsvorschläge für chemikalienpolitische Themen, die Sie in ihr Wahlprogramm zur Bundestagswahl aufnehmen können.

- **Wir verfolgen weiterhin die Ziele und Maßnahmen der Europäischen Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit, insbesondere das Ziel der schadstofffreien Umwelt. Die drei wichtigsten von uns unterstützten Maßnahmen sind:**
  - Ambitioniertes Update der REACH-Verordnung zum verbesserten Schutz vor Chemikalienrisiken
  - Verbot von besonders gefährlichen Stoffen in Verbraucherprodukten
  - Umfassende Beschränkung der Verwendung von PFAS

*Erläuterung: Obwohl das EU-Chemikalienrecht das modernste der Welt ist, konnte es die hohe Chemikalienbelastung der Menschen in Europa nicht verhindern, die u.a. im Humanbiomonitoring-Programm HBM4EU dokumentiert wurde. Durchschnittlich werden ca. 300 schädliche Chemikalien im Menschen gefunden; 14% der Kinder und Jugendlichen sind in einem Maße mit vier PFAS-Verbindungen belastet, dass negative gesundheitliche Auswirkungen nicht mehr auszuschließen sind. In Untersuchungen zur Gewässerbelastung konnten sowohl bis zu 500 verschiedene, schädliche Substanzen nachgewiesen, als auch gezeigt werden, dass diese die Ökosysteme bereits maßgeblich schädigen.*

- Wir setzen uns für die Reduzierung des Pestizideinsatzes um 50% bis 2030 in Deutschland und der Europäischen Union sowie die Förderung agrarökologischer Alternativen ein, wie in der Farm-2-Fork und der Biodiversitätsstrategie der EU vorgesehen.

*Erläuterung: Chemisch-synthetische Pestizide sind die einzigen Chemikalien, die gewollt in großen Mengen umweltschädlich ausgebracht werden. Eine Minderung des chemisch-synthetischen Pestizideinsatzes verringert die Chemikalienbelastung erheblich und schützt Umwelt und Menschen. Aussagekräftige Indikatoren und eine verbesserte Datentransparenz zum Pestizideinsatz und dessen Auswirkungen sind notwendig, um eine sachgerechte Umsetzung des Reduktionsziels zu monitoren.*

- Wir wollen Umwelt, Verbraucher\*innen und Arbeitnehmer\*innen vor schädlichen Chemikalien besser schützen. Daher werden wir uns sowohl für entsprechende nationale Regelungen einsetzen als auch für die Berücksichtigung von Zielen zur Emissions- und Expositionsminderungen von Chemikalien in allen nationalen Gesetzgebungsprozessen:
  - Unterfütterung des 5 Punkte-Plans zum Schutz vor hormonell schädigenden Stoffen mit ambitionierten Maßnahmen und schnelle Umsetzung derselben
  - Nationale Verbote von schädlichen Chemikalien in bestimmten Produktgruppen wie z.B. Lebensmittelkontaktmaterialien
  - Verbote und Substitution von besonders gefährlichen Pestiziden und Bioziden
  - Chemikalien ressortübergreifend in allen Politikprozessen berücksichtigen

*Erläuterung: Die europäische Gesetzgebung ist derzeit zu langsam und gewährleistet kein ausreichendes Schutzniveau. Es sind nationale Maßnahmen notwendig, um das Schutzniveau vor Chemikalien zu erhöhen, EU-Recht zu ergänzen und positiv auf eine ambitionierte EU-Politik einzuwirken. Dazu gehören z. B. nationale Regelungen im Bereich Lebensmittelkontaktmaterialien, wie etwa das Verbot von PFAS in Dänemark oder Frankreich zeigt.*

*Vorgaben zur Produktion, Verwendung, Emission, Entsorgung und zu Berichtspflichten und dem Monitoring von Chemikalien werden in verschiedenen Gesetzen des Umwelt-, Gesundheits-, Produkt-, Abfall- und Anlagenrechts sowie im Pestizid- und Biozidrecht gemacht. Diese Vorgaben könnten weiter ausgestaltet und verschärft werden, um die Chemikalienbelastung effektiv zu mindern.*

- Wir fördern Wissenschaft, Forschung und Innovationen in Unternehmen, um schädliche Chemikalien ersetzen zu können. Nicht-chemische Alternativen müssen dabei mitgedacht werden.

*Erläuterung: Bestimmte Anwendungsfelder für schädliche Chemikalien sind gesellschaftlich erwünscht, z.B. im medizinischen Bereich. Ohne sichere Alternativen wird es daher keinen Ausstieg aus der Nutzung schädlicher Chemikalien geben. Die Entwicklung von Alternativen ist nicht immer einfach und der Wettbewerb kann verhindern, dass Unternehmen hierzu kooperieren. Forschungsprogramme können Abhilfe schaffen, Subventionen in veraltete, schädliche Stoffe und Technologien müssen beendet werden.*

*Die Konzepte der Grünen und Nachhaltigen Chemie müssen weiterverbreitet und ausgebaut werden, um möglichst unschädliche Chemikalien zu verwenden, wo sie notwendig sind. Dort wo es möglich ist, müssen nicht-chemische Alternativen verstärkt zum Einsatz kommen und deren Einsatz gefördert werden.*

- Wir setzen uns für mehr Transparenz und Nachverfolgbarkeit über Chemikalien in Produkten entlang der gesamten Wertschöpfungskette und für Verbraucher\*innen ein. Mögliche Maßnahmen sind:
  - Verpflichtende Transparenz und Rückverfolgbarkeit von Chemikalien in Materialien und Produkten entlang der gesamten Wertschöpfungskette Umfangreiche Chemikalieninformationen im Produktpass
  - Kennzeichnungspflicht für schädliche Chemikalien in Produkten

*Erläuterung: Bisher werden nur rudimentäre oder gar keine Informationen über Chemikalien in Materialien und Produkten in der Lieferkette kommuniziert. Daher sind weitergehende gesetzliche Regelungen notwendig. Informationen über Chemikalien in der Lieferkette helfen den Unternehmen ihre Berichtspflichten zu erfüllen und sicherere Produkte herzustellen. In der Abfallwirtschaft sind Informationen über Chemikalien wichtig, um sicherere Recyclingmaterialien herzustellen. Verbraucher\*innen benötigen Informationen, um Kaufentscheidungen zu treffen und Regulatoren benötigen eine solide Datengrundlage, um effektive Gesetze zu erarbeiten und umzusetzen.*

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Verursacher von Umweltschäden und Gesundheitsfolgen durch schädliche Chemikalien finanziell und rechtlich in die Verantwortung genommen werden, bspw. über:
  - Abgaben für die Produktion und Verwendung von besonders besorgniserregenden Stoffen (SVHC)
  - Risikobasierte Pestizid-Abgabe
  - Beteiligung der verschmutzenden Industrien an den Kosten für die Trink- und Abwasserreinigung
  - Sanierungsfond für Umweltschäden, die nicht eindeutig einem Verursacher zugeordnet werden können

*Erläuterung: Es gibt bereits massive Umweltkontaminationen durch Chemikalien, wie z.B. die Karte der kontaminierten Umwelt des „[Forever Pollution Projects](#)“ zeigt. Umwelt- und Gesundheitsschäden durch schädliche Chemikalien müssen (wenn möglich) saniert und die Kosten durch die Verursacher getragen werden.*

*Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist die Abwasserrahmenrichtlinie, welche die Hersteller und Inverkehrbringer von Kosmetika und Medikamenten an den Kosten für die kommunale Abwasserreinigung beteiligt. Solche Regelungen sollten auch auf andere Produkte und/oder Umweltmedien oder die Gesundheit ausgeweitet und konsequent umgesetzt werden.*

*Die Umsetzung des Verursacherprinzips entlastet die Gesellschaft finanziell und ist ein Anreiz für Maßnahmen zur Verhinderung einer zunehmenden Verschmutzung mit Chemikalien.*

- **Wir setzen uns für eine aktive und ambitionierte Rolle Deutschlands in der internationalen Chemikalienpolitik ein. Hier steuern wir eine ausreichende Finanzierung der relevanten Rahmenwerke bei.**

*Erläuterung: Chemikalien kennen keine Grenzen; Deutschland und die EU können wichtige Motoren für ein ambitioniertes, weltweites Chemikalienmanagement sein. Dafür muss beispielhaft, konsistent und konsequent gehandelt werden. Dies bedeutet eine aktive Beteiligung an der Weiterentwicklung der internationalen Konventionen zu Chemikalien, dem kürzlich in Bonn beschlossenen Global Framework on Chemicals, sowie dem geplanten Science-Policy-Panel für Chemikalien.*

- **Wir setzen uns für ein Export- und Produktionsverbot von hier verbotenen Chemikalien ein. Insbesondere in Deutschland und der EU verbotene Pestizide und Industriechemikalien dürfen nicht weiter in Drittländer exportiert werden.**

*Erläuterung: Chemikalien, die in der EU und/oder Deutschland wegen ihrer inhärenten Gefährlichkeit verboten sind, sollten weder hergestellt noch in Drittländer exportiert werden. Insbesondere in den Ländern des globalen Südens bietet das Chemikalienmanagement keinen ausreichenden Schutz und tragen eine Vielzahl weiterer Faktoren dazu bei, dass diese Chemikalien dort Schäden anrichten (können). Die Praxis der Doppelstandards muss beendet werden. Die Menschen und die Umwelt im globalen Süden dürfen nicht aus Profitinteressen einzelner Unternehmen, diesen gefährlichen Stoffen ausgesetzt werden und die europäische Bevölkerung darf nicht über reimportierte Rückstände und Produkte, die diese Chemikalien enthalten, belastet bleiben.*